

BERICHTE AUS DEM AUSLAND

POLITISCHER BERICHT AUS DER RUSSISCHEN FÖDERATION

Dr. Markus Ehm
Leiter der Verbindungsstelle Moskau

Nr. 3/2012 – 24. Februar 2012



IMPRESSUM

Herausgeber	Copyright 2012, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel.: +49 (0)89 1258-0, E-Mail: info@hss.de, Online: www.hss.de
Vorsitzender	Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair Staatsminister a.D., Senator E.h.
Hauptgeschäftsführer	Dr. Peter Witterauf
Verantwortlich	Ludwig Mailinger Leiter des Büros für Verbindungsstellen Washington, Brüssel, Moskau / Internationale Konferenzen Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Tel.: +49 (0)89 1258-202 oder -204 Fax: +49 (0)89 1258-368 E-Mail: mailing@hss.de

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Berichtes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung.

Revolution oder Evolution?

Russland zwischen der Staatsduma- und der Präsidentschaftswahl

Im russischen Präsidentschaftswahlkampf ringen Befürworter und Gegner von Wladimir Putin um die Demonstrationshoheit über zentrale Straßen und Plätze der Hauptstadt (1). Die regierende Elite bringt Reformvorschlägen zur Steigerung des politischen Wettbewerbs ein und nimmt der außerparlamentarischen Opposition damit eines ihrer Paradethemen (2). Putin bleibt der aussichtsreichste Kandidat. Ein tiefgehender Umbruch erscheint als unwahrscheinlich. Und doch gibt es Anzeichen für eine dauerhafte Änderung der politischen Kultur (3).

1. Protestaktionen gegen die regierende Elite und Demonstrationen für Putin

Nachdem Kundgebungen als Instrument der politischen Meinungsäußerung in den vergangenen Wochen zunächst ein Markenzeichen der Opposition waren (a), greifen die Putin-Befürworter inzwischen selbst zu diesem Mittel, um ihren Präsidentschaftskandidaten zu unterstützen (b).

a. Veranstaltungen der Opposition

Bereits kurz nach der Staatsdumawahl am 4. Dezember 2011 wurde in Moskau und zahlreichen weiteren russischen Städten der Vorwurf der Wahlfälschung erhoben.¹ Den vorläufigen Höhepunkt bildete die Demonstration in der Moskauer Innenstadt am 24. Dezember 2011 (1). Anfang Februar 2012 trafen sich erneut zehntausende, diesmal zu einem Protestmarsch mit anschließender Kundgebung auf einem Platz in der Innenstadt (2).

(1) 24. Dezember 2011

Unter der Überschrift „Für ehrliche Wahlen“ versammelten sich laut Veranstalter ca. 200.000 Personen, nach offiziellen Angaben maximal 29.000.² In den Reihen der führenden Teilnehmer befanden sich Vertreter unterschiedlicher Bewegungen, so z.B. der parteilich ungebundene Präsidentschaftskandidat und erfolgreiche Unternehmer Michail Prochorow, daneben der in Russland zunehmend an Bekanntheit gewinnende Internet-Blogger Alexej Nawalnij.³ Die teilnehmenden politischen Gruppierungen repräsentierten das gesamte politische Spektrum von extrem links bis nationalistisch. Nach einem Bericht der Tageszeitung „Nesawisimaja Gaseta“ sollen Streitigkeiten unter den Organisatoren bereits im Vorfeld der Großkundgebung der Grund dafür gewesen sein, dass selbst oppositionelle Redner von der Menge ausgepiffen wurden. Von der Partei „Gerechtes Russland“ beteiligten sich zwei Staatsduma-Abgeordnete an der Demonstration. Sie mussten sich vom Moderator der Veranstaltung vorhalten lassen, dass sie zur Aufgabe ihres Duma-Mandats nicht bereit seien. Einer von beiden, Gennadi Gudkow, soll daher auf seinen Redebeitrag verzichtet und von einem erneuten Auseinanderbrechen der oppositionellen Bewegung gesprochen haben.

¹ Siehe dazu den Beitrag von Markus Ehm, hrsg. von der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Berichte aus dem Ausland, Politischer Bericht aus der Russischen Föderation, Nr. 15/2011 – 14. Dezember 2012.

² Das Folgende nach: Kommersant vom 26.12.2011, S. 2; Nesawisimaja Gaseta vom 26.12.2011, <http://www.ng.ru/263804>.

³ Außerdem: die Co-Vorsitzenden der nicht zugelassenen Partei „Parnas“ Michail Kasjanow, Wladimir Rijschkow und Boris Nemzow, daneben der Schriftsteller Boris Akunin.

Mit großem Interesse nahmen die russischen Medien auf, dass sich unter den Teilnehmern auch der ehemalige russische Finanzminister Alexej Kudrin befand.⁴ Er hat unlängst mit Wirtschaftskreisen Gespräche über eine Parteinuugründung aufgenommen. Obwohl Kudrin und Putin persönlich stets gut zusammenarbeiteten, bewahrte sich Kudrin seine Eigenständigkeit gegenüber der Partei „Einiges Russland“. Von der Bühne forderte er die Demonstranten dazu auf, zur Verhinderung einer Revolution eine Diskussionsplattform zu schaffen. Es gehe um eine friedliche Transformation und um Vertrauen für die Bildung einer neuen Regierung.

Die fünf Forderungen der Organisatoren sind: *erstens* Aufhebung des Ergebnisses der Staatsdumawahl, Ausschreibung von Neuwahlen, *zweitens* Zulassung aller oppositionellen Parteien, *drittens* Rücktritt des Leiters der föderalen Wahlkommission, *viertens* Freilassung aller politischen Häftlinge und *fünftens* verstärkte zivilgesellschaftliche Kontrolle der Wahlen.

Die größten Fernsehanstalten des Landes berichteten über die Großkundgebung wie schon zwei Wochen zuvor – und zu diesem Zeitpunkt erstmals – über die Demonstration auf dem „Bolotnaja-Platz“.⁵ Die Tageszeitung „Kommersant“ schreibt, dass ein Sendeverbot eine Stunde vor Veranstaltungsbeginn aufgehoben worden sei. Außerdem informierte das Fernsehen sowohl über die Forderung nach sauberen Wahlen als auch über eindeutig gegen Putin gerichtete Äußerungen von Demonstrationsteilnehmern. Teilweise gab es Live-Schaltungen zur Demonstration.

(2) 4. Februar 2012

Am 4. Februar 2012 fand bei -18 Grad ein politischer Umzug in der Innenstadt statt, der auf dem „Bolotnaja-Platz“ endete.⁶ Die von den Veranstaltern geplante Route stieß bei den Behörden auf Sicherheitsbedenken. Zudem sah die Stadtverwaltung die Gefahr einer unverhältnismäßigen Behinderung des Straßenverkehrs. Der ursprüngliche Vorschlag der Behörden, den abseits des Zentrums an der Moskwa gelegenen Luschniki-Park zu wählen, stieß beim Aktionsbündnis auf Ablehnung. Aus journalistischen Kreisen war zu hören, dass sowohl die Stadtverwaltung als auch die Organisatoren nach einem Kompromiss suchten.

Die Veranstalter sprachen von 120.000 Teilnehmern, die Behörden von 36.000.⁷ Alle Altersklassen waren gleichmäßig vertreten. Eine während der Veranstaltung durchgeführte Umfrage kam zu dem Ergebnis, dass die Teilnehmer aus überwiegend sozial gefestigten Verhältnissen stammen und im Allgemeinen über eine gute Ausbildung verfügen.⁸ Unter die Demonstranten mischten sich erneut u.a. der Internet-Blogger Alexej Nawalnij und der Präsidentschaftskandidat Michail Prochorow.⁹ Die Organisatoren unterteilten den Protestzug in mehrere Gruppen.¹⁰

⁴ Das Folgende nach: Kommersant vom 26.12.2011, S. 1.

⁵ Das Folgende nach: Kommersant vom 26.12.2011, S. 2.

⁶ Das Folgende nach: Kommersant vom 20.01.2012, S. 2; Kommersant vom 21.01.2012, S. 1; Kommersant vom 25.01.2012, S. 5; Kommersant vom 27.01.2012, S. 5.

⁷ Profil vom 13.02.2011, S. 8.

⁸ Nowaja Gaseta vom 10.02.2012, S. 4f.

⁹ Im Hinblick auf Michail Prochorow: Nachrichtenagentur Interfax vom 04.02.2012, <http://interfax.ru/print.asp?sec=1448&id=229204>.

Der bei Weitem größte Anteil entfiel auf den allgemeinen Block. Es schlossen sich liberale Kräfte an, unter ihnen die registrierte Jabloko-Partei und die nicht registrierte Partei „Parnas“. Es folgten die linken Gruppen, u.a. die „Linke Front“ und die Anarchisten. Das Feld komplettierten diverse politische Bewegungen und die Nationalisten. Größere räumliche Abstände zwischen manchen Blöcken waren nicht zu übersehen. Entsprechend dieser ideologischen Vielfalt war auch die Rednerliste auf der Kundgebung sehr heterogen.¹¹

Zahlreiche Transparente verkündeten die unterschiedlichsten Losungen. Der Vorwurf der Wahlfälschung wurde, unter Anspielung auf den Leiter der föderalen Wahlkommission, Wladimir Tschurow, wie folgt zum Ausdruck gebracht:

„Ein Zaubertrick allein macht zwar noch keinen Betrug.
Aber: Wir fordern den Rücktritt des ‚Zauberers‘.“

„Es gibt Wahlen, aber keine Auswahl.“

Bei den Nationalisten war zu lesen:

„Ruhm für Russland. Für den Glauben, den Zaren und das Vaterland.“

„Ich lebe in Russland. Ich sterbe für Russland.“

Nicht wenige Plakate wendeten sich gegen Wladimir Putin und den Staatsapparat:

„Nieder mit der Selbstherrschaft! Solange Putin frei ist, lassen die Diebe Russland ausbluten.“

„Wir haben den Putinismus satt:
eine fleghafte Beamtenschaft, Lügen, Diebstahl durch die Beamten auf jeder Ebene;
Willkür der Polizei, die ihre eigentlichen Verpflichtungen nicht erfüllt;
Willkürliche Gerichte.
Das ganze Land in der Hand von Verbrecherbanden;
Es ist Zeit, die Macht zu ändern!
Freiheit für alle gesetzwidrig Verurteilten.“

„Wladi [Wladimir Putin], stell' Dich den Debatten. Das ganze Land will es. Nenne Dein Galeerengehalt, wenn Du schon sagst, dass Du wie auf einer Galeere schuftest. Aber Wladi

¹⁰ Das Folgende nach: Kommersant vom 27.01.2012, S. 5. Nachrichtenagentur Interfax vom 04.02.2012, <http://interfax.ru/print.asp?sec=1448&id=229204>.

¹¹ Informationsportal „NEWSru.com“ vom 04.02.2012, http://www.newsru.com/russia/04feb2012/mosprotest2_print.html; Nachrichtenagentur Interfax vom 04.02.2012, <http://interfax.ru/print.asp?sec=1448&id=229204>. Folgende Personen sprachen: der Co-Vorsitzende der nicht registrierten Partei „Parnas“, Wladimir Rijschkow, der Oppositionspolitiker Ilja Jaschin, der Linksextremist Sergej Udalzew, der Fernsehjournalist Leonid Parfenow, außerdem Grigorij Jawlinskij, der nicht zugelassene Präsidentschaftskandidat der Jabloko-Partei, die Aktivistin für den Erhalt des Waldes im Moskauer Bezirk Chimki, Jewgenija Tschirikowa, die Schriftstellerin Ljudmila Ulizkaja, die Bürgerrechtlerin Irina Jassina, die Journalistin Olga Romanowa sowie der Staatsduma-Abgeordnete Gennadi Gudkow („Gerechtes Russland“).

fürchtet sich. Er hat keinen Mut, schwindelt. Er sagt, er werde Russland zum fünften Mal aufrichten. Aber ihm fehlt der Mut für die Erklärung, wer es zugrunde gerichtet hat.“

„Der Fernsehschauspieler Putin bleibt noch sechs Jahre in der Zombiekiste [Erklärung: im Fernsehen]. Das Volk wird verrückt.“

„Mister Putin. Machtmonopol – ein Merkmal des Bolschewismus.“

Vereinzelt thematisierten Plakate Arbeitsplatzabbau und soziale Probleme. Ab und an riefen ein paar wenige Teilnehmer „Russland ohne Putin“. Sowohl Protestzug als auch Kundgebung verliefen friedlich und ohne Zwischenfälle. Von Verhaftungen wurde nichts bekannt.

Die Organisatoren wiederholten im Wesentlichen ihre Forderungen vom Dezember 2011: *erstens* schleunige Freilassung aller politischen Häftlinge; *zweitens* Aufhebung des Ergebnisses der Staatsdumawahl, Ausschreibung von ehrlichen Neuwahlen und Durchführung von sauberen Präsidentschaftswahlen, *drittens* Zulassung aller oppositionellen Parteien und Reform des politischen Systems, *viertens* Rücktritt des Leiters der föderalen Wahlkommission Tschurow. Wladimir Rijschkow, Co-Vorsitzender der nicht registrierten Partei „PARNAS“, forderte die Teilnehmer dazu auf, sich möglichst zahlreich als Wahlbeobachter registrieren zu lassen.¹²

b. Unterstützung für Wladimir Putin

Am 4. Februar 2012 reagierte „Einiges Russland“ erstmals auf die oppositionellen Protestaktionen der vergangenen Monate.¹³ Gleichzeitig mit dem Protestumzug organisierten die Befürworter von Wladimir Putin eine „anti-orangene“ Demonstration unter dem Leitspruch „Wir haben etwas zu verlieren“ auf dem Platz vor dem Museum des Sieges, welches an den Erfolg der UdSSR im Zweiten Weltkrieg erinnert. Als Veranstalterin trat die Patriotenpartei auf.¹⁴ Nach offiziellen Angaben beteiligten sich 138.000 Personen an der Kundgebung. Die Veranstalter sprachen von 190.000 Teilnehmern, unabhängige Beobachter von 90.000.¹⁵

Nach einem Bericht der Wirtschaftszeitung „Wedomosti“ demonstrierten überwiegend solche Leute, die ihr Gehalt aus dem Staatshaushalt bezögen und deswegen wenig Interesse an tiefgreifenden Veränderungen hätten, wie z.B. Beamte, Mitarbeiter der Sicherheitsstrukturen oder der Staatsbetriebe.¹⁶ Gleichwohl sollen dem „Kommersant“ zufolge Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung und Lehrer besonders ermuntert worden sein, sich an der Kundgebung zu betei-

¹² Informationsportal „NEWSru.com“ vom 04.02.2012, http://www.newsru.com/russia/04feb2012/mosprotest2_print.html.

¹³ Kommersant vom 06.02.2012, S. 1.; Komsomolskaja Prawda vom 06.02.2012, S. 2.

¹⁴ Kommersant vom 31.01.2012, S. 1. Sie erzielte bei der Staatsdumawahl ein Ergebnis von einem Prozent. Kommersant Wlastj vom 12.12.2011, S. 15.

¹⁵ Wedomosti vom 06.02.2012, S. 2.

¹⁶ Wedomosti vom 06.02.2012, S. 1.

gen.¹⁷ Nach einem Beitrag auf der Internetseite der „Iswestija“ waren die Demonstranten überwiegend zwischen 40 und 50 Jahre alt.¹⁸ Viele trugen Fahnen der Unternehmen, für die sie arbeiten. Den Plakaten konnte man überwiegend pro-Putin-Losungen entnehmen, z.B.

„Putin=Stärke.“

„Mit Putin wird alles auf den richtigen Weg gebracht.“

„Stabilität.“

„Für die Stabilität mit Putin.“

„Putin – der Volkspräsident.“

Ein Teilnehmer wird mit folgenden Worten zitiert:

„Bei uns im Land läuft die Sache erneut auf eine Revolution zu, aber wir haben im letzten Jahrhundert so viele Revolutionen gesehen, wir sind ihrer überdrüssig und deshalb sind wir heute hierher gekommen.“

Die „Komsomolskaja Prawda“ lässt eine über die Äußerungen der Opposition verärgerte Kinderärztin zu Wort kommen:¹⁹

„Wir behandeln sie, tragen den Müll hinterher, unterrichten ihre Kinder, und sie nennen uns den [gesellschaftlichen] Abschaum. Wer hat ihnen dieses Recht gegeben? Das Volk, das bin ich, und nicht dieses verwöhnte Büroplankton, das nicht weiß, mit was es sich beschäftigen soll.“

Anschließend werden weitere Frauen zitiert:

„Wissen Sie, zu den letzten Wahlen sind wir nicht gegangen. Aber als wir alle diese Demonstrationen gesehen haben, als sie in unserem Namen geschrien haben, haben wir beschlossen, im März unbedingt zur Wahl zu gehen. Um sie zu ärgern.“

Von der Bühne war zu hören, dass der Westen versuche, die Geschehnisse in Russland zu beeinflussen. Der moderierende Fernsehjournalist sagte:²⁰

„Die Leute vom Bolotnaja-Platz, das sind entweder Idioten oder Verräter. Oder genauer gesagt Idioten, bekannt als Verräter.“

¹⁷ Kommersant vom 31.01.2012, S. 1, 6. Die regierungskritische „Nowaja Gaseta“ berichtet über die Leiterin einer Kinder- und Jugendtagesstätte, die ihren Arbeitsplatz verloren habe, weil sie sich geweigert habe, Mitarbeiter zur pro-Putin-Veranstaltung zu schicken. Nowaja Gaseta vom 06.02.2012, S. 3.

¹⁸ Das Folgende nach: Internetseite der Tageszeitung „Iswestija“ vom 04.02.2012, <http://www.izvestia.ru/news/514272>; Kommersant vom 06.02.2012, S. 4.

¹⁹ Das Folgende nach: Komsomolskaja Prawda vom 06.02.2012, S. 2.

²⁰ Wedomosti vom 06.02.2012, S. 2.

„Wedomosti“ schreibt, dass kremlnahe Jugendbewegungen kaum in Erscheinung getreten seien.²¹ Nach einem Bericht im Wochenmagazin „Profil“ distanzieren sich die Veranstalter sogar von „Einiges Russland“ und seinen Hauptvertretern.²² Zum ersten Mal seien keine Parteisymbole zu sehen gewesen, und auf der Bühne habe kein Parteiaktivist gesprochen. Dies gehe damit einher, dass sich unter den 499 sog. Vertrauenspersonen, die sich Putin als offizielle Sympathieträger für den Wahlkampf auserkoren hat, weder ein Staatsdumaabgeordneter noch ein einziger Parteivertreter befinde.

Per Resolution wurden alle Erklärungen der Opposition über die Illegitimität der Staatsdumawahlen als Provokation gebrandmarkt.²³

Nach dem „Kommersant“ erhielten Journalisten einen Leitfaden für die Berichterstattung.²⁴ Neben der positiven Atmosphäre sollte vor allem erwähnt werden, dass die Teilnehmer freiwillig zur Demonstration gekommen seien und dass sie ihre Plakate selbst angefertigt hätten. Im Übrigen sei empfohlen worden, weder die Partei „Einiges Russland“ noch die Teilnahme von Kommunalbeamten zu erwähnen. Am 4. Februar 2012 berichteten die großen Fernsehanstalten sowohl über die pro-Putin-Kundgebung als auch über die Veranstaltung der Opposition.²⁵

2. Politische Reformen

Bei der traditionellen Telefon-Bürgersprechstunde kündigte Wladimir Putin am 15. Dezember 2011 politische Reformen an.²⁶ Er versprach, dass die politischen Spitzen in den föderalen Subjekten zukünftig wieder direkt vom Volk gewählt werden sollten. Das gegenwärtige Ernennungsverfahren sieht vor, dass die Mehrheitspartei in der Duma des betroffenen Gebiets dem Präsidenten drei Kandidaten vorschlägt, er einen davon auswählt und dieser Kandidat dann vom regionalen Parlament bestätigt wird. Nach Putin soll nun jede in der Gebietsduma vertretene Partei das Recht erhalten, einen Kandidaten für die Direktwahl aufzustellen. Der Premierminister sagte:

„Wir müssen die demokratische Basis im Land erweitern, damit die Menschen ihre Verbindung zu den politischen Organen direkt spüren: sowohl in den Kommunen, als auch in den Regionen und auf der föderalen Ebene. So kann das Vertrauen in die Politik wachsen.“

Allerdings möchte Putin dem Staatspräsidenten ein Veto-Recht bei der Zulassung der Kandidaten einräumen (sog. „Präsidentenfilter“). Ein Blick zurück: Die Wahl der Gouverneure wurde 2004 nach dem Terrorattentat in Beslan abgeschafft. Seitdem fordert die Opposition in regelmäßigen Abständen ihre Wiedereinführung. Außerdem schlug Putin vor, die Mitglieder des Fö-

²¹ Wedomosti vom 06.02.2012, S. 1.

²² Das Folgende nach: Profil vom 13.02.2012, S. 10.

²³ Internetseite der Tageszeitung „Iswestija“ vom 04.02.2012, <http://www.izvestia.ru/news/514272>.

²⁴ Kommersant vom 31.01.2012, S. 1, 6.

²⁵ Kommersant vom 06.02.2012, S. 4.

²⁶ Das Folgende nach: Kommersant vom 16.12.2011, S. 1, 2.

derationsrats (Senatoren) ebenso wieder direkt wählen zu lassen. Daneben soll die Registrierung von kleinen Parteien vereinfacht werden.

Im Hinblick auf Wahlfälschungsvorwürfe bei der Staatsdumawahl regte Putin an, bei der Präsidentschaftswahl zur besseren Kontrolle in den Wahllokalen Webkameras anzubringen. Dies wird seit Ende Januar in die Tat umgesetzt.²⁷

Dmitrij Medwedew ging am 22. Dezember 2011 in seiner alljährlichen Präsidentenansprache auf politische Reformen ein.²⁸ Das Staatsoberhaupt möchte, wie Putin auch, jeder im regionalen Parlament vertretenen Partei die Möglichkeit einräumen, einen Bewerber für die Wahl des Gebietsoberhauptes aufzustellen. Nach den Worten Medwedews müsste der Präsident ebenso jeden Kandidaten bestätigen. Medwedew regte an, die Mindestmitgliederzahl bei einer Parteienneugründung massiv zu senken, und zwar von 50.000 auf 500 Personen aus insgesamt 50 föderalen Subjekten. Außerdem sollen Parteien keine Unterschriften mehr sammeln müssen, wenn sie sich um Sitze in den Dumen aller Ebenen bewerben wollen. Schließlich sollen unabhängige Präsidentschaftskandidaten schon bei 300.000 Unterstützern zugelassen werden, und nicht wie bisher bei zwei Millionen. Für von Parteien nominierte Kandidaten ist eine Anzahl von 100.000 Unterschriften vorgesehen.

Bereits Mitte Januar brachte Medwedew einen Gesetzesvorschlag zur Wiedereinführung der Gouverneurswahlen in die Staatsduma ein.²⁹ Ohne dass der Ausdruck „Präsidentenfilter“ verwendet wird, bekommt das Staatsoberhaupt de facto ein Vetorecht bei der Kandidatenaufstellung. Das Recht zur Kandidatenaufstellung sollen nun aber alle landesweit registrierten Parteien erhalten und nicht nur solche, die im jeweiligen Gebietsparlament vertreten sind. Ein Jahr nach der Amtseinführung kann der Staatspräsident einen Gouverneur unter bestimmten Voraussetzungen abberufen, zum Beispiel im Falle des Vertrauensverlustes oder der wiederholten gerichtlichen Feststellung, dass ein Gebietsoberhaupt seinen Amtspflichten nicht nachkommt. Ein Bewerber muss mindestens 30 Jahre alt sein. Die Wahlperiode darf maximal fünf Jahre dauern. Eine beliebig häufige Wiederwahl ist nach dem Gesetzentwurf möglich. Gleichwohl regte Medwedew Anfang Februar an, die Amtszeit der Gouverneure auf zwei Perioden zu beschränken. Außerdem wurde bekannt, dass der Föderationsrat eine Gesetzesinitiative zur Wiedereinführung der Wahl der Senatoren durch die Bevölkerung ausarbeitet.³⁰

3. Einschätzung

Kurz vor der Präsidentschaftswahl sehen aktuelle Umfragen Wladimir Putin bei 42% bis 61% der Stimmen.³¹ Niemand zweifelt seine Wahl ernsthaft an. Und doch verändert sich gegenwärtig die politische Landschaft in Russland spürbar. Seit Dezember gelingt es der außerparlamentarischen Opposition, eine seit langem anhaltende und zunehmende Proteststimmung gegen die

²⁷ Kommersant vom 30.01.2012, S. 2.

²⁸ Das Folgende nach: Kommersant, S. 1, 2 und S. 3. Informationsagentur Rosbalt, <http://www.rosbalt.ru/main/2011/12/22/927511.html>.

²⁹ Das Folgende nach: Kommersant vom 16.01.2012, S. 1, 3; Kommersant vom 17.01.2012, S. 1, 2.

³⁰ Kommersant vom 10.02.2012, S. 2.

³¹ Informationsagentur URA.RU vom 16.02.2012, <http://ura.ru/print/news/1052139866.html>.

Politikelite zu kanalisieren und auf die Straße zu bringen. Der angesehene Ökonom Ruslan Grinberg schrieb schon im vergangenen Jahr, dass

„die Epoche der trägen Gesellschaft mit einer Mehrheit, die sich gegenüber den gesellschaftlichen Interessen gleichgültig zeigt, zu Ende geht.“³²

Die politische Führung kommt nicht an folgender Erkenntnis vorbei: Ein Teil der Bevölkerung artikuliert aufgrund der ungelösten sozialen Probleme, einer ausschweifenden Korruption und stockenden Modernisierung sowohl der Wirtschaft als auch der Justiz ihren Protest zunehmend auf der Straße. Die regierende Elite und ihre Anhängerschaft würden es sich zu einfach machen, die Demonstranten als „orangene Revolutionäre“ zu schmähen, welche zudem noch durch ausländische Kräfte gesteuert würden.

Die Staatsmacht reagiert auf die aktuellen Herausforderungen im Wesentlichen mit zwei Maßnahmen:

Erstens initiiert die politische Führung Reformen für mehr politischen Wettbewerb. Dadurch nehmen sie der außerparlamentarischen Opposition ihr Lieblingsthema weg. Insbesondere geht es dabei um die Direktwahl der Gouverneure und die Zulassung von Parteien. Ob und wie die Pläne tatsächlich umgesetzt werden, wird sich erst nach der Amtseinführung des neuen Staatsoberhauptes zeigen. Derzeit sieht es nicht danach aus, dass es sich lediglich um eine Finte der Regierung zur kurzfristigen Beruhigung der politischen Situation handelt.

Zweitens brach die politische Führungselite mit ihrer eigenen Massenkundgebung das Monopol der Opposition auf Straßenaktionen.³³ Die Behauptung, dass die Demonstranten nur aufgrund von Druck an der Veranstaltung teilgenommen haben, würde der Sachlage nicht gerecht werden. Es gibt zahlreiche Schichten, die ein großes Interesse daran haben, dass Wladimir Putin wieder zum Staatspräsidenten gewählt wird, und die ihn daher aufrichtig unterstützen. Zu diesen Gruppen zählen nicht nur die Beamtenschaft und die Sicherheitsbehörden, sondern viele weitere Kreise. Stabilität bleibt nach wie vor für viele und vor allem für diejenigen, die in den 90er Jahren den Staatsbankrott miterlebt haben, ein stichhaltiges Argument für die Wahl von Wladimir Putin. Zudem erinnern sich die Regierungselite und weite Teile der Bevölkerung an die farbigen Revolutionen zu Beginn des neuen Jahrtausends. Obwohl der Umsturz in der Ukraine 2004 wie ein spontaner Volksaufstand wirkte, steckte hinter den Ereignissen eine sorgfältige Planung. Studentenführer und vernetzte Organisationen nutzen hierfür auch amerikanische Gelder, zwischen 2002 und 2004 insgesamt 65 Millionen US-Dollar.³⁴ Zumindest damals wurde die Tätigkeit zahlreicher Stiftungen aus den USA im GUS-Raum über die US-Botschaften koordiniert. Führungspersönlichkeiten dieser Länder sollten auf die USA hin orientiert werden.³⁵ Vor diesem Hintergrund wurden auf russischer Seite neue Befürchtungen genährt, als vor wenigen Wochen der neue US-Botschafter in Moskau als eine der ersten Gäste überhaupt Menschen-

³² Iswestija vom 21.12.2012.

³³ So der Präsident des Instituts für nationale Strategie, Michail Remisow. Profil vom 13.02.2012, S. 9.

³⁴ Der SPIEGEL, 46/2005, S. 178; 194ff.

³⁵ Christian Wipperfürth, Russland und seine GUS-Nachbarn, ibidem-Verlag, Stuttgart, 2007, S. 35.

rechtler sowie Vertreter der und inner- und außerparlamentarischen Opposition empfing.³⁶ Allein der Gedanke daran, dass ein oranges Szenario in Russland stattfinden könnte, ruft sowohl bei der Regierungselite als auch der Bevölkerung³⁷ einen Abwehrreflex hervor. Die Ereignisse des vergangenen Jahres in arabischen Staaten haben diese Sorge noch verstärkt. Die Staatsmacht hat aus diesen Revolutionen ihren eigenen Schlüsse gezogen: Sie will keinerlei Zweifel daran aufkommen lassen, wer die Demonstrationshoheit über die Straßen und Plätze der Hauptstadt und des gesamten Landes hat.

Zieht man einen Vergleich zwischen dem heutigen Russland und der Ukraine von damals, sprechen die Umstände eher gegen eine Revolution an der Moskwa.³⁸ 2004 standen sich in der ehemaligen Sowjetrepublik zwei Blöcke mit etwa gleich großen Anhängerschaften gegenüber. Jedes Lager hatte seinen Präsidentschaftskandidaten, die noch dazu im politischen System verankert waren. Neben der historischen, nicht zuletzt konfessionellen Entwicklung des Landes, verschärften emotionale Themen die Polarisierung. Völlig entgegengesetzte Wahlergebnisse im Osten und Westen dokumentierten eine politische Spaltung der Ukraine. Derartige Zuspitzungen liegen in Russland gegenwärtig nicht vor. Die außerparlamentarische Opposition ist absolut heterogen zusammengesetzt. Sie eint einzig der gemeinsame Feind: zum einen die Staatsmacht, zum anderen Wladimir Putin. Zudem haben die oppositionellen Kräfte keine Führungsfigur. Die Frage, wer an der Spitze des Staates stehen könnte, wenn nicht Putin, bleibt unbeantwortet. Und nicht nur das: Bis heute gibt es keine wissenschaftlich fundierten Umfragen, welche den Hauptvertretern der außerparlamentarischen Opposition eine große Popularität im Volk bestätigen. So artikulieren die Menschen auf den regierungskritischen Kundgebungen ihren Protest *gegen* etwas oder jemanden, aber nennen dabei keine konkrete Person, *für* die sie sind. Die Oppositionsparteien in der Staatsduma sind Teil eines politischen Systems, das grundsätzliche Veränderungen ablehnt. Zudem vermittelten ihre Spitzen bisher weder im Parlament noch als Präsidentschaftskandidaten Aufbruchsstimmung. Eine starke Polarisierung einzelner Landesteile oder Bevölkerungsgruppen ist derzeit nicht abzusehen.

Allerdings kann der Kreml die Augen vor einer wichtigen Gemeinsamkeit zwischen der Ukraine von damals und dem Russland von heute nicht verschließen. In Kiew erhoffte sich die Mehrheit durch den Machtwechsel ein Plus an politischer Integrität, Sauberkeit im Staatsapparat und sozialer Gerechtigkeit, zudem eine solide wirtschaftliche Entwicklung.³⁹ Die oppositionellen Demonstranten in Russland fühlen sich durch vergleichbare Anliegen und wie die Ukrainer 2004 auch aus eigenem Entschluss motiviert. Das Volk legt die traditionelle Scheu, seine Inte-

³⁶ Siehe dazu Kommersant vom 18.01.2012, S. 1, 5; Kommersant vom 25.01.2012, 1, 6.

³⁷ Zum Misstrauen der russischen Bevölkerung gegenüber dem Westen, insbesondere den USA: *Christian Wipperfürth*, *Russland und seine GUS-Nachbarn*, ibidem-Verlag, Stuttgart, 2007, S. 47, 49, 212.

³⁸ Das Folgende zur Ukraine nach: *Christian Wipperfürth*, *Russlands Außenpolitik*, VS Verlag, Wiesbaden, 1. Auflage 2011, S. 76f.; *Christian Wipperfürth*, *Russland und seine GUS-Nachbarn*, ibidem-Verlag, Stuttgart, 2007, S. 27, 30f., 39, 147: Im östlichen und südlichen Teil der Ukraine punktete Viktor Janukowitsch mit dem Wahlversprechen, dem Russischen den Status einer offiziellen Sprache verleihen zu wollen. Zudem gab er sich russlandfreundlich. Finanzielle Unterstützung erfuhr der heutige Präsident durch ostukrainische Oligarchen. Sein damaliger Gegenüber Wiktor Juschtschenko hatte seine Hochburg im westlichen Landesteil. Er kündigte für den Fall seines Sieges ein Zurückdrängen der russischen Sprache und eine Integration der Ukraine in euro-atlantische Strukturen an. Wahlkampfgelder erhielt Juschtschenko von Oligarchen aus der Westukraine, welche die höchste Stufe von Macht und Reichtum noch nicht erreicht hatten.

³⁹ *Christian Wipperfürth*, *Russland und seine GUS-Nachbarn*, ibidem-Verlag, Stuttgart, 2007, S. 36, 42.

ressen gesellschaftlich zu artikulieren, zunehmend ab.⁴⁰ Als Katalysator wirkte sich aus, dass Putin im September 2011 im Alleingang entschied, wieder als Präsident zu kandidieren und so in weiten Teilen der Bevölkerung ein Ohnmachtsgefühl erzeugte. Selbst Parteikreise reagierten hinter vorgehaltener Hand irritiert. Es wird in Zukunft zur Normalität gehören, dass in Russland Menschen für politische Forderungen auf die Straße gehen und von der Staatsspitze Rechenschaft verlangen. Es liegt in der Hand des Kremls, dieses Artikulationsbedürfnis von berechtigten Anliegen zuzulassen und ein Ventil dafür zu schaffen. Insgesamt steht die regierende Elite vor der schwierigen Aufgabe, einerseits Stabilität zu gewährleisten, andererseits nicht im Stillstand zu verharren. Ein mögliches Szenario besteht in der Verteilung politischer Macht und wirtschaftlicher Chancen. Dies könnte zur Befriedung der Situation beitragen: Evolution ja, Revolution nein.

Moskau, 24. Februar 2012

Dr. Markus Ehm
Leiter der Verbindungsstelle Moskau der Hanns-Seidel-Stiftung

⁴⁰ Zur beschriebenen Scheu der russischen Bevölkerung: ebenda, S. 147.